



Civil7

VOM WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL ZUM GIPFEL DER SELBSTGERECHTEN

Wie der „Club des alten Westens“ seine selbst behauptete Deutungshoheit verlor

Mitte Mai trafen sich die Staats- und Regierungschefs der G7 zu ihrem jährlichen Gipfel im japanischen Hiroshima, einem durchaus geschichtsträchtigen Ort. Der Gipfel sollte die Einigkeit des Westens demonstrieren. Die als Gäste eingeladenen Regierungschefs aus anderen Teilen der Welt spielten abgesehen vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyi keine große Rolle.

Als die heutigen G7-Gipfel Ende der 1970er-Jahre begannen, um die politischen Antworten auf die weltwirtschaftlichen Verwerfungen infolge der Ölkrise abzustimmen, nannten sie sich bald „Weltwirtschaftsgipfel“. Schon damals war es eine Anmaßung, dass sechs und dann bald sieben Länder Gipfeltreffen für die ganze Welt abzuhalten beliebten. Immerhin repräsentierten sie damals tatsächlich zwar nicht die Mehrheit der Menschheit, aber doch die Mehrheit der in Dollar gemessenen Wirtschaftsleistung der Welt.

Das ist lange her, der Anteil der G7 an der Weltwirtschaft nimmt kontinuierlich ab. Heute repräsentieren die G7 nur noch 30 % der Wirtschaftsleistung und 10 % der Weltbevölkerung. Von Weltwirtschaftsgipfeln sprechen sie schon lange nicht mehr, zudem ging es viele Jahre lang bei diesen G7-Gipfeln nur noch am Rande um weltwirtschaftliche Fragen. Nach der Finanzkrise 2008 wurde unübersehbar deutlich, dass die G7 zur weltwirtschaftlichen Steuerung mangels Masse nicht mehr in der Lage waren. Barack Obama erklärte die G20 zum nunmehr ent-

scheidenden „Club“, weil man ohne China und die anderen Schwellenländer die Weltwirtschaft nicht mehr managen könne. Sein Nachfolger Donald Trump ging noch einen Schritt weiter und erklärte die G7 für „überholt“.

Konfrontation statt Kooperation

Aber um weltwirtschaftliche Steuerung abzustimmen, müssen die beteiligten Regierungen zusammenarbeiten, und das ist in den heutigen Zeiten nicht mehr angesagt. Heute steht Konfrontation auf der Tagesordnung, und dementsprechend sind die G20 genauso paralytisch wie die Vereinten Nationen. „Zurück in die Zukunft“ scheint nun das Motto zu sein. Die G7 sind wieder der Club des alten Westens, mit dem Anspruch der globalen Deutungshoheit, „more united than ever“, wie es gleich im ersten Satz der Gipfelerklärung heißt. Für das heimische Publikum der G7-Staaten mag das Gipfelspektakel eine gelungene Show der Einigkeit gewesen sein, für den Rest der Welt hingegen kann man dies sicherlich nicht behaupten. Dort kann man den westlichen Bestrebungen, eine Anti-China-Allianz zu schmieden, wenig abgewinnen.

Zentrales Ergebnis des Gipfels ist eine „Erklärung zur Wirtschaftssicherheit“, die sich in erster Linie gegen China richtet. Die eigenen wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China sollen reduziert, der Technologietransfer beschränkt und sogar Auslandsinvestitionen westlicher Konzerne in China künftig kontrolliert werden. Die alten Dogmen der neoliberalen Globalisierung, aber auch die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) sind offenbar Geschichte, und das Mantra der „regelbasierten Weltordnung“ gilt anscheinend auch nicht mehr. US-Sicherheitsberater Jake Sullivan erklärte kürzlich in einer in Europa weitgehend ignorierten Rede die regelbasierte Handelsordnung der WTO für gescheitert, sie sei ein Hindernis im Kampf gegen China, und er forderte einen Paradigmenwechsel.

Im Eifer des Gefechtes lesen sich manche Passagen der Erklärung fast wie eine unfreiwillige Satire. „Die Welt ist mit einer beunruhigenden Zunahme von Fällen wirtschaftlicher Nötigung konfrontiert, die darauf abzielen, wirtschaftliche Schwächen und Abhängigkeiten auszunutzen“, heißt es, und es wird angekündigt, dagegen werden sich die G7 wehren. Ausgerechnet der Westen, der wie niemand anderes die halbe Welt mit Sanktionen und Sekundär-sanktionen überzieht, bezichtigt China der „wirtschaftlichen Nötigung“. Unter diese Kategorie fällt wohl eher das auf dem Gipfel diskutierte nächste Sanktionspaket gegen Russland. Gegen Russland kann man eigentlich kaum noch neue Sanktionen verhängen, und so soll es nun Firmen in Drittländern treffen, die die G7-Sanktionen gegen Russland umgehen. Da ist sie wieder, die selbsternannte Weltregierung, die glaubt, sie könne in der ganzen Welt Unternehmen vorschreiben, mit wem sie handeln dürfen und mit wem nicht. „Gipfel der Selbstge-

rechten“, fiel dazu wohl nicht nur dem Handelsblatt-Chefkommentator ein. Das erklärte Ziel der G7, die großen Schwellenländer, neuerdings Globaler Süden genannt, damit in das westliche Lager zu ziehen, um die aufstrebende Weltmacht China und ihren Juniorpartner Russland einzudämmen, dürfte so kaum zu erreichen sein. Beijing erklärte in einer Protestnote postwendend, der Westen selbst betreibe „wirtschaftliche Nötigung“. Auch nach der More-united-than-ever-Veranstaltung von Hiroshima bleiben praktisch alle Länder des Südens auf Distanz. Dort hat man aus leidvoller Erfahrung mehr Sorgen vor wirtschaftlicher Nötigung durch die USA und die EU als durch China.

Nur Lippenbekenntnisse und grüner Protektionismus?

Neben dem eigentlichen Gipfelkommuniqué wurden noch einige weitere Erklärungen verabschiedet, u.a. zur globalen Ernährungskrise und ein Aktionsplan für saubere Energie. Das Aktions-Statement für resiliente globale Ernährungssicherheit wurde gemeinsam mit den eingeladenen Gipfel-Gastregierungen verabschiedet. Darin sind zahlreiche Krisensymptome aufgelistet, woran die Ernährungslage der Welt aktuell leidet, von den Folgen der Corona-Politik über volatile Preise bis zu Kriegsauswirkungen, und es enthält die Erklärung, man werde sich auf kommende Ernährungskrisen vorbereiten, aber im Einklang mit den WTO-Regeln. Dass vielleicht genau die maßgeblich vom Westen vorangetriebene Globalisierung der Landwirtschaft eine der Kernursachen dafür ist, dass die Welt heute so anfällig für Nahrungsmittelkrisen ist, kommt in den sechs Seiten der Erklärung nicht vor. Stattdessen wird auf vier Seiten ein Bauchladen von Aktivitäten präsentiert, von der Klimaanpassung über technologische Innovation bis zur nachhaltigen Fischerei und mehr Kooperation mit indigenen Völkern, alles was man sich wünschen kann, und alles natürlich miteinander koordiniert.

Im Aktionsplan für saubere Energie bekennen sich die G7 zu den Dingen, zu denen man sich in solchen Statements immer bekennt, nämlich zum Pariser Abkommen, zu den Handelsregeln der WTO und zur Zusammenarbeit mit dem Süden. Man will eine Handelspolitik vorantreiben, die die Treibhausgas-Emissionen reduzieren soll, indem „eingebettete Emissionen“ eingepreist werden und „Carbon Leakage“, – also die Verlagerung von treibhausgasemittierenden Industrien in Länder außerhalb der EU, um die strengeren europäischen Auflagen zu umgehen –, bekämpft werden sollen. Im Globalen Süden liest man das natürlich anders, nämlich als Ankündigung, noch mehr grünen Protektionismus zu betreiben.

Trübe Wetterlage für den Westen

Die Bewertung der Gipfelergebnisse durch die im sogenannten Civil 7-Prozess (C7) engagierten NGOs



Für das heimische Publikum der G7-Staaten mag das Gipfelspektakel eine gelungene Show der Einigkeit gewesen sein, für den Rest der Welt hingegen kann man dies sicherlich nicht behaupten.

fiel deutlich kritisch aus. Anhand einer am Wetterbericht orientierten Bewertungs-Skala lautete das Verdikt „Regenwetter“.¹ Die Arbeitsgruppe (AG) zu Frieden und Abrüstung fand es bemerkenswert, ausgerechnet in Hiroshima russische Atomwaffendrohungen zu verurteilen, aber die eigenen Atomwaffen als „reine Abschreckungswaffen“ zu bezeichnen, statt sich glasklar zu einer weltweiten Abschaffung aller Atomwaffen zu bekennen. Auch dafür gab es das Verdikt „Regenwetter“. Als „bewölkt“ bewertet die AG zu Umwelt und Klima die Gipfelergebnisse: viele warme Worte zu Klimawandel, aber keine neuen Taten. Die AG zu Wirtschaft und Transformation vergab die allerschlechteste Bewertung „Strömender Regen“ für eine aggressive Politik der „wirtschaftlichen Blockbildung, die ohne Rücksicht auf die Kollateralschäden im Globalen Süden durchgezogen werden soll. „Regenwetter“ ist auch das Verdikt der AG Globale Gesundheit, weil die G7 die Profitinteressen ihrer Pharmaindustrie wieder vor gleichberechtigten Medikamentenzugang für die Entwicklungsländer stellt. Die AG Humanitäre Hilfe und Konfliktbewältigung bewertet die Gipfelergebnisse als „bewölkt“, weil die G7 zwar 21 Milliarden Dollar für humanitäre Hilfe zugesagt haben, aber keinerlei Klarheit darüber herrscht, was damit genau gemeint ist. Die AG Offene Gesellschaften vergab auch das Urteil „Strömender Regen“: für das Versagen der G7, zwar bei anderen Ländern den Abbau demokratischer Rechte zu beklagen, aber bei sich selbst nichts gegen diese Entwicklung zu tun, einschließlich der abweisenden Haltung der gastgebenden japanischen Regierung gegen NGO-Partizipation.

Die in Hiroshima präsentierte Einigkeit des Westens dürfte allerdings durchaus auf tönernen

Füßen stehen. Weder in Europa noch in Japan sind die ohnehin angeschlagenen Volkswirtschaften für die Folgen eines eskalierenden Crashkurses gegen China wirklich gerüstet. Im Rest der Welt steigt derweil die Attraktivität des BRICS-Bündnisses von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. 19 Länder haben inzwischen BRICS-Aufnahmeanträge gestellt, darunter (bisherige) Verbündete des Westens wie Mexiko, Saudi-Arabien und die Türkei. Global gesehen dürfte der BRICS-Gipfel im August in Kapstadt inzwischen mindestens genauso wichtig sein wie die G7.

 *Jürgen Maier*

Der Autor ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung.

¹ Civil 7 (2023): Press Release. G7 Hiroshima Summit Summed up as “Rainy” by Civil Society.

RUNDBRIEF

Forum Umwelt und Entwicklung



2/2023

DURCHBRUCH?

EIN NEUES ABKOMMEN ZUM SCHUTZ DER BIOLOGISCHEN VIELFALT

ZUM EWIGEN NISCHENTHEMA VERDAMMT?!

Schutz der Biodiversität trotz Inflation, Krieg in der Ukraine und Energiekrise

› Seite 9

EIN GLOBALES ABKOMMEN MIT OFFENER RECHNUNG?!

Die Finanzierung des KMGBF ist zwar beschlossen, aber noch nicht sicher

› Seite 16

BIODIVERSITÄTSZIELE WERDEN OHNE GERECHTIGKEIT NICHT ERREICHT WERDEN

Eine Bewertung des KMGBF aus der Perspektive des Südens

› Seite 20

VOM RECHT AUF NATUR ZU DEN RECHTEN DER NATUR

Internationale Anerkennung der Natur als Rechtssubjekt für die Erhaltung der Biodiversität

› Seite 29